



Motion der SVP-Fraktion vom 6. Juli 2022 betreffend Definierung einer Schuldenobergrenze und einer Steuerfussobergrenze mit den notwendigen Massnahmen

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Schuldenobergrenze sowie eine Steuerfussobergrenze für die Gemeinde Wohlen zu definieren und die notwendigen Massnahmen zum Schuldenabbau daraus abzuleiten.

Begründung:

Seit Jahren wird in der Gemeinde intensiv saniert und investiert. Die Schulden wie auch die Kosten der Gemeinde Wohlen steigen und die Rechnung muss früher oder später beglichen werden.

Im Finanzplan 2019 bis 2028 waren noch Investitionsprojekte im Umfang von 149 Mio. Franken und im Finanzplan 2023 bis 2032 bereits Investitionsprojekte im Umfang von 195 Mio. Franken ausgewiesen. Dies entspricht einer Zunahme von rund einem Drittel innerhalb von vier Jahren. Entsprechend steigt auch die Nettoschuld im Finanzplan 2023 bis 2032 von 52 Mio. Franken auf 111 Mio. Franken, mit einem Höhenpunkt von 120 Mio. CHF im Jahr 2031.

Will der Gemeinderat diese finanzielle Last tatsächlich der nächsten und übernächsten Generation überlassen? Was ist für den Gemeinderat noch tragbar oder viel wichtiger abbaubar? In diese Richtung sind keine Signale zu hören und das Geld wird mit vollen Händen ausgegeben. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wo er die Schuldenobergrenze sieht und welches seine notwendigen Gegenmassnahmen sind. Worauf kann verzichtet werden? Wo liegen die Prioritäten?

Die gleiche Strategie verfolgt der Gemeinderat beim Steuerfuss. Das Stimmvolk lehnte in den letzten Jahren jede Erhöhung ab und die Entscheidung, den Steuerfuss nicht zu erhöhen, musste letztendlich vom Regierungsrat gefällt werden. Und dennoch wird nun eine Strategie nach oben verfolgt. Gemäss Finanzplan 2023 bis 2032 wird der Steuerfuss für das Jahr 2023 um 2 Steuerprozent erhöht und dann 2026 noch einmal um 5 Steuerprozent.

Sind damit die Probleme gelöst und können die Schulden finanziert werden? Auch wenn der Zinsfuss steigt? Wo liegt für den Gemeinderat die Steuerobergrenze? Auch in dieser Sache soll der Gemeinderat aufzeigen, wo er die Obergrenze sieht und welche Massnahmen zu tätigen sind.

Im Namen der SVP-Fraktion

Claudia Hauri, Gemeindevorsteherin